

DIE LINKE. Sachsen, Kleiststr. 10 A, 01129 Dresden

Diakonisches Werk Innere Mission Leipzig e.V.
Gerit Schleusener - Sozialarbeiterin
Gneisenaustraße 10
04105 Leipzig

Landesgeschäftsstelle
Landesvorstand Sachsen
Kleiststr. 10 a
01129 Dresden
Telefon 0351 - 85 32 721
Telefax 0351 - 85 32 720
kontakt@dielinke-
sachsen.de
www.dielinke-sachsen.de
Dresdner Volksbank
Raiffeisenbank e.G
Konto-Nr. 271 990 100 2
BLZ 850 900 00
IBAN:
DE75850900002719901002
BIC: GENODEF1DRS

Dresden, 21. Juli 2014

**Wahlprüfsteine der AG „Recht auf Wohnen“ (Diakonie Leipzig) zur Landtagswahl
in Sachsen 2014**

Ihr Schreiben vom 18. Juni 2014

Sehr geehrte Frau Schleusener,
sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir gern wie folgt
beantworten.

*1. Bitte erläutern Sie Ihre Position zu der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland ein
Wohlfahrtsstaat ist!*

Die Begriffe Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat werden oftmals synonym gebracht.
Deutschland ist zweifelsohne ein Wohlfahrtsstaat, auch wenn es naturgemäß
grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über das Maß bzw. den Anteil der
staatlichen Leistungen gibt. In den letzten Jahrzehnten haben sich jedoch neoliberale
Auffassungen in Politik und Ideologie durchgesetzt in deren Folge sich eine
Individualisierung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft durchgesetzt haben. Soziale
Sicherheit bzw. die Absicherung von sozialen Risiken wurden privatisiert.

2. Welches Menschenbild steht Ihrer Ansicht nach hinter Hartz IV und entspricht es Ihrer Auffassung von Bürgersein und Menschenwürde in der BRD?

Wie lassen sich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Einführung von Hartz-IV bzw. die mit dem Bezug von Alg-II verbundenen Zwangsmaßnahmen wie 1-€-Jobs und Maßnahmen wie Weiterbildungen vereinbaren, insbesondere vor dem Hintergrund, dass nicht ausreichend existenzsichernde Erwerbs-Arbeitsplätze zur Verfügung stehen?

Die Arbeitsverwaltungen sind zwar modernisiert worden und die Arbeitslosen sind zu „Kunden“ avanciert doch unter dem Leitbild des „Forderns“ und „Förderns“ verändert sich das Verhältnis von Bürgern zur Arbeitsverwaltung. Man spricht zwar von „Kunden“, doch behandelt sie wie Bittsteller.

Die Bundesrepublik ist durch die Verfassung und internationale Abkommen an die Wahrung von Menschenrechten gebunden, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgelegt sind. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthält ein Recht auf »ausreichende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung« (IPWSKR Art. 11, 1966). Die wsk-Rechte sind durch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966 (wsk-Pakt) durch ihre Unterzeichnung und Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland auch hierzulande geltendes Recht. Durch das Vertragsgesetz vom 23. November 1973 wurde der Pakt in den Rang eines formellen Bundesgesetzes erhoben.

3. Welche Folgen hat Hartz-IV Ihrer Ansicht nach auf die Entwicklung unserer Gesellschaft und auf die Demokratie?

Der aktivierende Sozialstaat ist zum Wettbewerbs- und Überwachungsstaat geworden, der das Grundrecht auf sinnvolle Arbeit in eine Zumutung von Arbeit um jeden Preis verkehrt hat. Jede Arbeit gilt als zumutbar. Nicht einmal die Grundfunktion der Arbeit, nämlich von seiner Arbeit leben zu können, wird erfüllt. Das ist kein Zufall, sondern gewollt. Die Menschen haben Angst vor Arbeitslosigkeit und vor einem Abrutschen in Armut. Die Angst vor dem Abstieg führt zur Ablehnung von schwachen Gruppen.

4. Die Agenda 2010 beinhaltet ein „Aktivierungs-Dogma“. Hierzu hat der Freistaat in der Vergangenheit mit Förderprogrammen Angebote ermöglicht, die die bekannten Probleme vor Ort bewältigen und den Menschen Perspektiven eröffnen sollten. Welche Ergebnisse sind Ihnen bekannt, dass aus den Förderprogrammen Arbeitsplätze oder anschließende Arbeitsaufnahme erfolgreich waren?

Für DIE LINKE ist Erwerbslosigkeit vor allem auf fehlende Arbeitsplätze zurückzuführen. Hartz IV dagegen stellt Erwerbslose unter den Generalverdacht, nicht arbeiten zu wollen. Diese Sichtweise lehnen wir ab. Förderprogramme der EU, des Bundes und des Freistaates haben in der Vergangenheit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Gern nehmen die Arbeitgeber solche Angebote an, auch wenn die damit geschaffenen

Arbeitsplätze nicht von Dauer sind. Die Arbeitsförderung darf nicht länger Motor für prekäre Beschäftigung sein. Sie ist auf nachhaltige Arbeitsförderung und Vermittlung in gute Arbeit auszurichten. Sowohl Erwerbslose als auch Beschäftigte brauchen mehr und bessere Weiterbildung.

5. Wie können künftig Langzeitarbeitslose in Maßnahmen so eingesetzt und begleitet werden, dass sie eine reelle Perspektive für den 1. Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Förderprogramme im Zusammenspiel mit Trägern der Maßnahmen eine Arbeitsaufnahme realisieren?

Die Hartz-Gesetze sind ziemlich missraten, wenn sie an dem Ziel gemessen werden, mehr Wachstum und anständige Arbeit zu erzeugen. DIE LINKE ist nicht der Auffassung, dass auf das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit allein mit Maßnahmen reagiert werden kann. Die Integration in den Arbeitsmarkt muss individuell entsprechend den vorhandenen Voraussetzungen (Erfahrungen und Kenntnisse der Betroffenen) und entsprechend den Entwicklungen auf dem sich verändernden Arbeitsmarkt (Tätigkeiten und Berufsfelder) erfolgen.

6. Wie beurteilen Sie die Forderung nach einem sozialen Arbeitsmarkt und wie sollte dieser Ihrer Ansicht nach aussehen und funktionieren? Welche Auswirkungen hätte dieser Ihrer Meinung nach?

»Keine Leistung ohne Gegenleistung« sind die beiden neuen sozialpolitischen Leitbilder, die auf einem spezifischen Menschenbild beruhen. Mit der sozialpolitischen Wende geht auch eine pädagogische einher, die in autoritärer Weise die Erziehungsbedürftigkeit des Menschen betont. Der Staat übernimmt eine patriarchalische Funktion; er will das Verhalten seiner Bürger beeinflussen und steuern, damit diese Eigenverantwortung übernehmen und wieder in Arbeit kommen. Dieser Paternalismus vernachlässigt die strukturellen Ursachen von Problemen. Der Slogan »Fordern und Fördern« verdeckt, dass die Aktivierungspolitik das Verhalten der Bürger und nicht die Verhältnisse, unter denen Bürger leiden, verändern will. Ein sozialer Arbeitsmarkt besteht in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung des Staates und der Arbeitgeber für die Beschäftigten. Wenn die These richtig ist, dass es keinen Kapitalismus, keine soziale Marktwirtschaft ohne Arbeitslosigkeit gibt, weil diese systemimmanent ist, dann muss es immer eine Beschäftigungspolitik geben. Wenn weiterhin die These richtig ist, dass die bezahlte Arbeit für alle nicht vorhanden ist, dann muss es erst Recht einen sozialen Arbeitsmarkt geben.

7. Wie können künftig die „Zumutbarkeitskriterien“ für die Arbeitslosen konkretisiert werden? Was bewirken Ihrer Meinung nach Sanktionen der Jobcenter? Welchen Einfluss hat die Politik Ihrer Ansicht nach auf die Sanktionspraxis der Jobcenter?

Das Sozialrecht hat mit »Fordern« und »Fördern« der Arbeitsverwaltung ein Instrumentarium in die Hand gegeben, mit dem durch die Androhung und die Verhängung von Sanktionen der Regelsatz unter das Existenzminimum abgesenkt werden kann. Erwerbslose sollen dadurch zur Aufnahme von Erwerbsarbeit aktiviert werden. Dies steht in einem Widerspruch zu Grundrechtsansprüchen auf ein sozioökonomisches Existenzminimum. Für Arbeitslose mit Alg I-Bezug gibt es noch Zumutbarkeitskriterien, für Langzeitarbeitslose jedoch mit Bezug von Alg II ist jede Arbeit zumutbar- unabhängig von Qualifikation, Alter, Ausbildung, Vergütung usw..

DIE LINKE lehnt Sanktionen grundsätzlich ab. Wenn der Regelsatz bei Hartz IV laut Gesetz das Existenzminimum absichert, dann kann nicht gleichzeitig im selben Gesetz geregelt sein, dass es doch Möglichkeiten gibt unter diesem Minimum zu bleiben. Die Menschen, die solche Politiker gewählt haben, die solche Möglichkeiten in einem Gesetz schufen, haben es selbst in der Hand, diese Zustände zu ändern.

8. Die Sozialberichtserstattung des SMS wurde von der Caritas als mangelhaft eingestuft. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dies zu verbessern, und wie würden Sie Ihre Ideen umsetzen?

DIE LINKE hat ebenfalls die vorliegenden Sozialberichte des Freistaates Sachsen kritisiert. Eine handlungsorientierte Sozialberichterstattung jedoch kann den Akteuren der Armutsbekämpfung in Land, Kommunen und Verbänden das für ihre Arbeit erforderliche empirische Material handlungsorientiert und unkompliziert zur Verfügung stellen. Es kommt nicht darauf an eine Vielzahl von sozialen Indikatoren zu erfassen, ihre Entwicklung aufzuzeigen und neue Tendenzen zu analysieren, sondern Handlungsempfehlungen zur Überwindung von Armut zum Beispiel gemeinsam mit den Trägern der sozialen Arbeit (Wohlfahrtspflege) zu entwickeln und umzusetzen.

9. Wer beaufsichtigt die Arbeit der Jobcenter? Sind Ihrer Meinung nach die Jobcenter für ihre Aufgabe in ausreichendem Maße fachlich und personell gerüstet? Welche konkreten Einsparungen hat Hartz-IV gebracht?

Die Aufsicht der Jobcenter kann vom Bund unmittelbar nur über die Bundesagentur für Arbeit ausgeübt werden. Die Aufsicht über die kommunalen Träger erfolgt nach Landesrecht. Da bei der Hartz IV Gesetzgebung jedoch viele unbestimmte Rechtsbegriffe zum Einsatz kommen (angemessen, einfach Ausstattung, ortsüblich usw.), die Antragsformulare für die Sozialleistung schwer verständlich und umfangreich sind, neue rechtliche Sachverhalte eingeführt wurden (zum Beispiel Bedarfsgemeinschaft) und im Gesetzeswerk zugleich viele handwerkliche Fehler auftraten, führte dies zu einer Vielzahl

von Novellierungen und parallel dazu zu einer Vielzahl von (höchst-) richterlichen Entscheidungen. Die Mitarbeiter der Jobcenter unterliegen einem hohen psychischen Arbeitsdruck und müssen sich fortwährend weiterbilden, um den sich stetig verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechen zu können. Ob Hartz IV zu Einsparungen führte und wenn ja an welcher Stelle, das ist unbekannt. Die Folgen sind jedoch in der gesamten Gesellschaft spürbar.

10. Wie kann künftig der Reformbedarf bei Hartz IV öffentlich diskutiert, gestaltet und umgesetzt werden? Wo könnte die Diskussion verortet sein und wie wird sie öffentlich zugänglich gemacht?

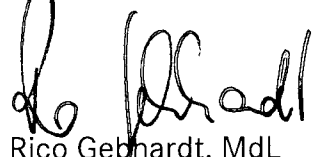
Sozialleistungen sind Ausdruck der wechselseitigen Solidarität von Bürgern. Die These, dass den Rechten auch entsprechend Pflichten zur Seite stehen, scheint plausibel – sie ist dennoch gefährlich. Es gibt Rechte und es gibt Pflichten. Wer über Leistung und Gegenleistung spricht, der löst soziale Rechte im Grunde durch ein Tauschprinzip ab. Wenn bedürftige Menschen Sozialleistungen in Anspruch nehmen, dann nehmen sie ein Recht wahr, das sich Bürger gegenseitig schulden.

Diskussionen sollten unter folgenden Aspekten laufen. Welcher Reformbedarf ist bei Hartz IV möglich? Ist Hartz IV überhaupt reformierbar? Gibt es eine Arbeitsmarktpolitik jenseits von Hartz IV?

DIE LINKE setzt sich für eine aktive Bürgerbeteiligung ein. Die Betroffenen sind die besten Experten in eigener Angelegenheit.

Der Grund der Menschenrechte liegt in der menschlichen Würde. Aus dem Würdegebot und dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes folgt, dass jeder in Würde leben können muss – mit und ohne Arbeit. Ethischer Charakter und rechtliche Gestalt der Menschenrechte gehören zusammen. Teilzuhaben am Leben der Gesellschaft ist ein menschliches Grundbedürfnis und deshalb auch ein Grundrecht. Staatlich verordnete Unterversorgung verletzt dieses Teilhaberecht.

Mit freundlichen Grüßen



Rico Gebhardt, MdL

Landesvorsitzender DIE LINKE Sachsen